

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 1/2020



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in der Hoffnung, dass Sie bestens in das neue Jahr 2020 gestartet sind, übersende ich Ihnen mit Freuden meinen ersten Newsletter im neuen Jahrzehnt.

Die ersten beiden Sitzungswochen des Deutschen Bundestages waren von intensiver parlamentarischer Arbeit geprägt, aber auch von einem besonders wegweisenden Besuch. Am Mittwoch sprach der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin im Deutschen Bundestag. Über diesen Besuch sowie die Erinnerung anlässlich des Holocaust-Gedenktages berichte ich ausführlich am Ende dieses Newsletters.

Vor zwei Wochen haben wir die beiden Gesetzentwürfe zur Änderung des Organspenderechts final parlamentarisch beraten. Dieser dritten Lesung sind intensive Debatten vorausgegangen – sowohl innerhalb des Parlaments als auch außerhalb. Das ist mir sehr wichtig und zeigt, dass wir diese sensible und gleichsam hochkomplexe Thematik völlig zu Recht überparteilich und gesellschaftsorientiert debattiert haben. Der von mir unterstützte Gesetzesvorschlag, der eine Beibehaltung der bisherigen Zustimmungslösung beinhaltet, hat eine parlamentarische Mehrheit gefunden. Es gilt somit weiterhin das Erfordernis, einer Organentnahme explizit zustimmen zu müssen. Jedoch wird es eine signifikant bessere Informationspolitik geben, um auf die Möglichkeiten einer Organspende hinzuweisen. Meiner Auffassung nach ist damit eine deutliche Verbesserung der Versorgung mit lebensnotwendigen Organen zu erwarten und zugleich das Selbstbestimmungsrecht der Patientinnen und Patienten am besten gewahrt.

In dieser Woche haben wir unter anderem beschlossen, die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt zu errichten. Untenstehend möchte ich gerne den Zweck der Stiftung ausführen. Für mich ist diese Errichtung ein wichtiges Zeichen, damit das flächendeckende Engagement aktiv unterstützt wird. Auch hierzu finden Sie einige Ausführungen nachstehend.

Abschließend wünsche ich Ihnen nunmehr freudige Karnevalstage – et kütt wie et kütt – hoffentlich nur besser. Auf eine tolle bunte fünfte Jahreszeit, wo wir rheinische Hochkultur wieder in Bestform werden erleben können!

Viel Freude bei der Lektüre und herzliche Grüße aus Berlin

Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

EHRENAMT

Das Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Auch wenn dieser Satz oft gesagt und gerne beworben wird, so darf nicht verkannt werden, wie richtig er doch ist. Ohne die 30 Millionen engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich tagtäglich ehrenamtlich engagieren, wäre unser gesellschaftliches Zusammenleben nicht so vielfältig und nicht so reich, wie es sich heute darstellt.

Diese Woche haben wir beschlossen, die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt zu errichten. Diese Stiftung hat zum Ziel, das umfangliche Engagement insbesondere in den strukturschwachen und vom demographischen Wandel charakterisierten Gegenden zu unterstützen. Der Sitz der neuen Stiftung wird in Neustrelitz sein. Die Stiftung wird bundesweit insbesondere kleineren Formen ehrenamtlichen Engagements als Anlaufstelle dienen. Sie soll zur Vernetzung beitragen und bei komplexeren rechtlichen und finanziellen Themen umfangliche Informationen bereitstellen. Auch die zukunftssträchtigen Themenfelder der Digitalisierung und des Datenschutzes werden von der Deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement behandelt werden. So kann die Errichtung eine wichtige und vor allem konkrete staatliche Unterstützungsmaßnahme darstellen, die den geringen finanziellen Aufwand mehr als rechtfertigt.

Darüber hinaus ringen wird gerade intensiv um eine Änderung des Ehrenamtsstärkungsgesetzes. So sollen z.B. die steuerlichen Ehrenamtsfreibeträge und die Übungsleiterpauschale angehoben werden. Zudem wurde eine Arbeitsgruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingerichtet, welche Möglichkeiten diskutiert, Bürokratie und Verwaltungsaufwand für Vereine zu senken. Unsere Bundeskanzlerin hat aus Anlass der Verleihung der Sterne des Sports ihrem Optimismus Ausdruck verliehen, dass wir binnen Kürze zu einer entsprechenden Einigung kommen werden.

Diese Vorschläge sollen natürlich gerade auch vor Ort Erleichterung bringen. Dass das ehrenamtliche Engagement unglaublich vielfältig ausfällt, zeigt bereits der Blick nach Rhein-Berg. Viele Tausende engagieren sich in unserer Heimat – bei großen Verbänden und Organisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Roten Kreuz, den Maltesern oder auch der Caritas. Aber gleichsam lässt sich ebenso genauso viel Tatkraft auch bei den zahlreichen kleinen Vereinen finden, die eine Nachbarschaftshilfe organisieren, Musik machen oder kirchliche Arbeit gestalten. Ich finde dieses Engagement sehr wertvoll. Völlig zu Recht gibt es daher auch viele Ehrungen in unserer Heimat, die ein solches Engage-



TERMINE

05.02.2020 19:00 Uhr

Politischer Stammtisch der CDU Bergisch Gladbach, Sportsbar Frankenklause Bergisch Gladbach

15.02.2020 19:00 Uhr

Schlader Botze Kostümsitzung, Bergischer Löwe, Bergisch Gladbach

17.02.2020 16:30 Uhr

Bürgersprechstunde Kürten, Bürgerhaus Kürten, Karl-Heinz-Stockhausen-Platz 1

20.02.2020 17:00 Uhr

Stadtgespräch der Senioren-Union des CDU-Stadtverbandes Burscheid, Restaurant Korfu, Burscheid

26.02.2020 11:00 Uhr

Politischer Aschermittwoch mit Bodo Löttgen MdL, Bergischer Löwe, Bergisch Gladbach

ment hervorheben: etwa den Bürgermeister-Bücher-Ehrenamtspreis, den Ehrenamtspreis Odenthal, die goldene Ehrennadel des Kreises und der Stadt Bergisch Gladbach oder etwa die Preis „Rose für Rösrath“. Ich lade Sie herzlich ein, einmal an einer solchen Preisverleihung teilzunehmen oder Personen zur Ehrung vorzuschlagen. Das Engagement von so vielen zu sehen, ist bereichernd und inspirierend zugleich.

WEITERE MELDUNGEN AUS DEM PLENUM

Gesetz zur Vereinheitlichung des Energieeinsparrechts für Gebäude: Was kompliziert klingt, hat doch einen durchschlagenden Effekt: Ziel dieses in erster Lesung beratenen Gesetzentwurfs ist es, das Energiesparrecht für Gebäude zu vereinfachen. So werden bisherigen Gesetze und Verordnungen in einem neuen Gesetz gebündelt. Für die Errichtung neuer Gebäude soll künftig ein einheitliches Anforderungssystem gelten. Es wird der Ansatz verfolgt, den Energiebedarf eines Gebäudes durch einen effizienten baulichen Wärmeschutz gering zu halten und den verbleibenden Energiebedarf zunehmend durch erneuerbare Energien zu decken. Zudem werden mit dem Gesetz die im Rahmen des Klimapakets getroffenen Vereinbarungen rechtlich umgesetzt, wonach in Gebäuden, in denen eine klimafreundlichere Wärmeerzeugung möglich ist, der Einbau von Ölheizungen ab 2026 nicht mehr gestattet ist.

Gesetz zur Verbesserung der Hilfen für Familien bei Adoption (Adoptionshilfe-Gesetz): Mit dem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung beraten, wollen wir das Gelingen von Adoptionen fördern und Familien in den verschiedenen Situationen stärken. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen bei Adoptionen zu verbessern, damit adoptierte Kinder in einem förderlichen Umfeld aufwachsen und sich gut entwickeln können. Gerade für uns als Union ist die Verbesserung der Lage des Kindes existenziell. Dafür bedarf es einer langfristigen und fachlich fundierten Beratung und Unterstützung aller an der Adoption Beteiligten – vor allem der Adoptionsvermittlungsstellen. Des Weiteren werden künftig unbegleitete Adoptionen aus dem Ausland untersagt.

Kultur in ländlichen Räumen stärken – Teilhabe ermöglichen: Die Stärkung des ländlichen Raumes ist für mich ein großes Anliegen, das ich mit Nachdruck verfolge. Auch eine kulturelle Grundversorgung gehört zur regionalen Daseinsvorsorge – Wir in Rhein-Berg können uns insoweit besonders glücklich schätzen. Insbesondere strukturschwache Regionen sind hier jedoch vor große Herausforderungen gestellt. Mit unserem Antrag wollen wir die Kulturarbeit außerhalb der Metropolen stärken sowie die Angleichung der Lebensverhältnisse fördern. Ausgehend von einer Anhörung des Kulturausschusses zu diesem Thema fordern wir die Fortsetzung und Stärkung bereits erfolgreicher Programme wie etwa der Kulturstiftung des Bundes, des Denkmalschutzsonderprogramms oder die Stärkung von „dritten Orten“ wie Bibliotheken und soziokulturelle Zentren. Zudem soll

„Invest-Ost“ zu einem gesamtdeutschen Programm ausgeweitet und ein neues Zukunftsprogramm Kino aufgelegt werden.

Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs: Mit den Änderungen des Planungsbeschleunigungsgesetz, des Regionalisierungsmittelgesetz, des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und des Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz stellt der Bund Rekordmittel für Investitionen in unsere Infrastruktur bereit. Der Bund fördert alleine über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz mit 665 Millionen Euro im Jahr 2020 und einer Milliarde Euro ab 2020 den Bau und Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Eine weitere Erhöhung ist bis 2025 auf sogar 2 Milliarden pro Jahr Euro vorgesehen. Mit den Fördergeldern können beispielsweise bestehende ÖPNV-Anlagen grunderneuert oder Bahnhöfe und Umsteigeanlagen zum schienengebundenen ÖPNV aus- und neugebaut werden. Weitere 8,6 Milliarden Euro erhielten die Länder zuletzt an Regionalisierungsmitteln, mit denen sie insbesondere den Betrieb von Regional- und S-Bahnen finanzieren. Zudem werden mit dem Planungsbeschleunigungsgesetz Planungsverfahren verschlankt und beschleunigt.

HOLOCAUST-GEDENKTAG

Am vergangenen Montag fand der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust statt. Der 27. Januar ist mit Bedacht gewählt worden, erinnert er doch an die Befreiung des NS-Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau vor genau 75 Jahren durch die Rote Armee.

Das Lager Auschwitz-Birkenau steht wie kaum ein anderes für die Sinnlosigkeit und kaum vorstellbare Größe des vom nationalsozialistisch regierten Deutschland durchgeführten organisierten Völkermords. Weit über eine Million Menschen fanden in Auschwitz-Birkenau den Tod und viele Tausende müssen auch noch Jahre und Jahrzehnte später den Ort des Grauens in ihren Erinnerungen tragen.

Der Deutsche Bundestag hat in einer außerordentlichen Plenarversammlung des Holocausts erinnert. Die Plenarveranstaltung war natürlich von einem Gedenken an die Millionen Opfer geprägt, hat jedoch auch den Blick auf das heute gewandt. Der israelische Staatspräsident betonte in seiner Rede die Bedeutung der gegenseitigen Aussöhnung und attestierte, dass Deutschland und Israel mit dem gemeinsamen Blick in die Vergangenheit Seite an Seite in die Zukunft schauen. Der Staatspräsident mahnte auch an, dass Europa als Ganzes und auch im Speziellen Deutschland von den Geistern der Vergangenheit heimgesucht wird. Umso wichtiger erscheint mir daher auch der Appell des Staatspräsidenten, dass wir uns alle dafür einsetzen müssen, dass diejenigen, die Hass und Unvernunft streuen, nie wieder die Oberhand gewinnen können.

Für mich geht vom Holocaust-Gedenktag und auch von diesem Besuch eine zentrale Botschaft aus: Es geht nicht nur darum, zu erinnern, sondern auch darum, sich immer wieder neu zu vergegenwärtigen, dass universelle Freiheit und die Anerkennung einer gleichen Menschenwürde für jedermann keine Selbstverständlichkeit sind. Dies erfordert mehr Aufmerksamkeit und den täglichen Einsatz von uns allen. Nicht nur, aber insbesondere in Deutschland ist der Kampf gegen einen stärker werdenden Antisemitismus und gegen die Diskriminierung von Minderheiten Aufgabe von allen Bürgerinnen und Bürgern.

“Was wir heute tun können, ist, dafür zu arbeiten, dass es niemals wieder geschehen wird.“

Hédi Fried

(Überlebende des Holocaust)

Es geht daher nicht an, dass sich Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens nicht frei in Deutschland bewegen können. Ein Zeichen zu setzen, ist insofern auf vielfältige Weise möglich: aufstehen, wenn sich jemand antisemitisch äußert, und die Parolen Ewiggestriger nicht stillschweigend zur Kenntnis zu nehmen, sondern klar Position zu beziehen. Das ist unser Auftrag, den uns die deutsche Geschichte überlässt – und den wir als Demokratinnen und Demokraten gerne gewillt sein sollten, auch auszuführen. An dieser Stelle möchte ich auch auf die tolle Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) aufmerksam machen: Unter dem Schlagwort ‚Denkt@g‘ veranstaltet die KAS einen Jugendwettbewerb gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Jugendliche sind dabei aufgerufen, eine eigene Homepage zu gestalten und sich mit heutigen Formen der Fremdenfeindlichkeit auseinanderzusetzen.



Ehrung Rüdiger Schillinger beim THW Bergisch Gladbach



Jubiläumssitzung der Vereinigung zur Erhaltung und Pflege heimatischen Brauchtums



Neujahrsempfang der CDU NRW



Karnevalssitzung der Dhünnscher Jecken



Treffen mit der Bergischen Kreisbauernschaft

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet: www.tebroke-rbk.de/